

# **Satzung**

## **über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen der Gemeinde Groß Nordende**

Auf Grund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung vom 02.04.1990 (GVOBl. Schl.-H. S. 159) und des § 30 der Gemeindehaushaltsverordnung vom 26.06.1972 (GVOBl. Schl.-H. S. 114) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 15.09.1993 folgende Satzung erlassen:

### **§ 1**

#### **Anwendung**

(1) Diese Satzung gilt für alle öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Ansprüche (Geldforderungen) der Gemeinde Groß Nordende.

(2) Für Ansprüche aus dem Bereich Steuern, Gebühren, Beiträge und sonstige Abgaben sind die Bestimmungen dieser Satzung im Rahmen der Vorschriften der Abgabenordnung (AO) und des Kommunalabgabengesetzes (KAG) anzuwenden.

### **§ 2**

#### **Stundung**

##### **(1) Begriff**

Stundung ist die Gewährung eines Zahlungsaufschubes. Durch die Stundung wird die Fälligkeit der Forderung hinausgeschoben. Stundung kann auch in Form einer Ratenzahlung gewährt werden.

##### **(2) Voraussetzungen**

Forderungen dürfen ganz oder teilweise nur dann gestundet werden, wenn

- ihre Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und
- die Forderung durch die Stundung nicht gefährdet erscheint.

Eine erhebliche Härte für den Schuldner liegt insbesondere vor, wenn er sich vorübergehend in ernsthaften Zahlungsschwierigkeiten befindet oder durch die Zahlung in solche geraten würde.

Wird Ratenzahlung gewährt, wird die jeweilige Restforderung sofort zur Zahlung fällig, wenn die Frist zur Zahlung von zwei Raten nicht eingehalten wird.

Der Fälligkeitstermin soll – auch bei Ratenzahlung – möglichst nicht über das laufende Haushaltsjahr hinausgeschoben werden.

##### **(3) Stundungszinsen**

Für gestundete Steuern, Beiträge, Gebühren und sonstige Abgaben sind Stundungszinsen in Höhe von 0,5 % für jeden vollen Monat zu erheben (§ 238 AO).

Die Stundungszinsen für privatrechtliche Forderungen betragen 2 v. H. über dem jeweiligen Diskontsatz der Deutschen Bundesbank.

Auf Zinsen kann ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn ihre Erhebung nach Lage des Einzelfalles unbillig wäre.

Zinsen werden nicht erhoben, wenn ein Betrag von 20,-- DM nicht erreicht wird (§ 239 Abs. 2 AO).

#### **(4) Zuständigkeiten**

Ansprüche können gestundet werden

- |   |           |
|---|-----------|
| a) vom Bürgermeister bis zur Höhe von           | 5.000 DM  |
| b) vom Finanzausschuss bis zur Höhe von         | 10.000 DM |
| c) von der Gemeindevertretung bei Beträgen über | 10.000 DM |

### **§ 3**

#### **Niederschlagung**

##### **(1) Begriff**

Bei der Niederschlagung handelt es sich um den vorläufigen Verzicht auf die Beitreibung der Forderung. Niedergeschlagene Ansprüche sind in einer Niederschlagungsliste, die im Amt für Finanzen des Amtes Moorreege geführt wird, nachzuweisen. Die Niederschlagungsliste ist einmal jährlich dem Finanzausschuss zur Beratung vorzulegen. Erforderlichenfalls sind geeignete Maßnahmen, die den Eintritt der Verjährung der Forderung vermeiden, zu ergreifen. Die Einziehung ist jeweils erneut zu versuchen, wenn sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass sie Erfolg haben wird.

##### **(2) Voraussetzungen**

Forderungen dürfen niedergeschlagen werden, wenn ihre Einziehung wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners vorübergehend keinen Erfolg verspricht.

Eine Niederschlagung kommt nur in Betracht, wenn feststeht, dass die Einziehung wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners oder aus anderen Gründen auf Dauer ohne Erfolg bleiben wird, oder wenn die Kosten der Einziehung in keinem angemessenen Verhältnis zur Höhe der Forderung stehen.

##### **(3) Zuständigkeiten**

Ansprüche können niedergeschlagen werden

- |   |          |
|---|----------|
| a) vom Bürgermeister bis zur Höhe von                   | 2.500 DM |
| b) vom Finanzausschuss bis zur Höhe von                 | 5.000 DM |
| c) von der Gemeindevertretung bei Beträgen von mehr als | 5.000 DM |

### **§ 4**

#### **Erlass**

##### **(1) Begriff**

Ein Erlass beinhaltet den endgültigen Verzicht auf die Forderung oder einen Teil derselben.

##### **(2) Voraussetzungen**

Ein Erlass darf nur ausgesprochen werden, soweit die Forderung nachweislich dauernd uneinziehbar ist oder die Einziehung für den Schuldner eine unbillige Härte bedeutet. Das ist vor al-

lem anzunehmen, wenn sich der Schuldner in einer unverschuldeten wirtschaftlichen Notlage befindet und zu befürchten ist, dass die Weiterverfolgung des Anspruches zu einer Existenzgefährdung führen würde.

### **(3) Zuständigkeiten**

Ansprüche können erlassen werden

- |  |          |
|--|----------|
| a) vom Bürgermeister bis zur Höhe von                              | 1.250 DM |
| b) vom Finanzausschuss bis zur Höhe von                            | 2.500 DM |
| c) von der Gemeindevertretung bei Beträgen<br>in Höhe von mehr als | 2.500 DM |

## **§ 5**

### **Vergleich**

#### **(1) Begriff**

Vergleich ist ein Vertrag, durch den der Streit oder die Ungewissheit über ein Rechtsverhältnis oder die Unsicherheit über die Verwirklichung eines Anspruches durch gegenseitiges Nachgeben beseitigt wird.

#### **(2) Grundsätze und Zuständigkeiten**

Für die Verfügung über Geldforderungen im Wege des Vergleiches gelten die gleichen Grundsätze und Zuständigkeiten wie für Stundung und Erlass.

## **§ 6**

### **Weitere Vorschriften**

#### **(1) Anwendung auf Aussetzungen**

Die Regelungen für Stundungen und Stundungszinsen sind auf Aussetzungen und Aussetzungszinsen sinngemäß anzuwenden (§ 237 AO).

Aussetzung der Vollziehung eines Bescheides (aufschiebende Wirkung) kommt in Betracht, wenn bei summarischer Prüfung ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer Forderung bestehen.

#### **(2) Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 01.11.1993 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen der Gemeinde Moorrege vom 24.11.1975 außer Kraft.

Groß Nordende, den 06.10.1993

Gemeinde Groß Nordende  
Der Bürgermeister

(S) gez. Wiech